

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

AD 0279/2025 (DDI)

Dringlicher Auftrag fraktionsübergreifend: Massnahmen in der Crack-Krise im Kanton Solothurn (09.12.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, umgehend eine kantonale Strategie gegen die Auswirkungen des Crack-Konsums im Kanton Solothurn zu erarbeiten. Die Strategie muss aufzeigen, wie die Wohnungs- und Obdachlosigkeit von rund hundert drogenkranken Personen im Kanton Solothurn eliminiert, die Beschaffungskriminalität vermindert und die offenen Drogenszenen reduziert werden können. Die Strategie muss unter Leitung des Kantons unter Einbezug der Städte, der Polizei, den Suchthilfeorganisationen und dem Verband der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) erarbeitet werden.

Die Rahmenbedingungen der Finanzierungsregelungen suchtpolitischer Massnahmen muss befristet angepasst werden, um die Zentrumslasten der Solothurner Städte entsprechend zu entschädigen. Die anfallenden zusätzlichen Kosten durch diesen Auftrag sind durch den Kanton durch einen Sonderkredit und/oder durch den Fonds des Alkoholzehntels und die Gemeinden solidarisch zu tragen. Der Gemeindeanteil für diese ausserordentlichen Massnahmen sind via den sozialen Lastenausgleich befristet für die Jahre 2026-2028 zu tragen.

Begründung 09.12.2025: schriftlich.

Gemäss Sozialgesetz ist das Thema Sucht Aufgabe der Gemeinden. Bei der aktuellen Situation aufgrund des massiv gestiegenen Crack-Konsums in den letzten paar Jahren, geht es aber nicht mehr alleine um das Thema Sucht. Es geht vielmehr um die öffentliche Sicherheit, um Drogenhandel, um Beschaffungskriminalität und um Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

In dieser Situation kann der Kanton nicht einfach die Hände in den Schoss legen und auf die Zuständigkeit der Gemeinden verweisen. Denn durch zahlreiche mögliche Massnahmen (Obdach, längere Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstellen, mehr aufsuchende Sozialarbeit etc.) werden der öffentliche Raum und somit auch die Polizei entlastet. Dadurch wird auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht. Deshalb muss der Kanton jetzt Verantwortung und Führung übernehmen.

Eine langfristige Lösung braucht entsprechende Rahmenbedingungen, welche die Verantwortung, Koordination, Umsetzung und Finanzierung der suchtpolitischen Massnahmen klar regelt, dies insbesondere in einer ausserordentlichen Lage (Crack-Krise).

Andere Kantone der Schweiz, wie zum Beispiel der Kanton Luzern, haben angesichts der gleichen Herausforderungen bereits Strategien und Massnahmenpläne entwickelt, an denen sich auch eine Solothurner Lösung orientieren kann.

Unterschriften: Jäggi Hardy, Lindemann Georg, Aschberger Richard, Bill Remo, Boos Ida, Boss Markus, Bürgi Denise, Cartier Daniel, Eggs Janine, Engeler Anna, Fischer Marlene, Flück Heinz, Fröhlicher Silvia, Gantenbein Laura, Gloor Fabian, Heiri Andrea, Herzog Christian, Hirt Nicole, Ingold Stefanie, Kälin Karin, Kummli Michael, Matter-Linder Rebekka, Meier-Moreno Matthias, Mühlemann Vescovi Tamara, Petiti Angela, Racine Matthias, Rohr Jennifer, Rufer Martin, Rusterholz Simone, Studer Thomas, Vögeli Nadine, Widmer Bettina, Wyss Nicole (33)